

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/6796 –**

Energieaußenpolitik für das 21. Jahrhundert

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Monika Knoche, Hans-Kurt Hill, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/8881 –**

Konsequente Energiewende statt Militarisierung der Energieaußenpolitik

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Trittin, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Ute Koczy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/8181 –**

Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit

A. Problem

Zu Nummer 1

Notwendigkeit eines politikfeldübergreifenden energiepolitischen Grundsatzprogramms unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit, des Klimaschutzes und der Marktkonformität.

Zu Nummer 2

Zunehmende Militarisierung der globalen Energieaußenpolitik als Bedrohung des Weltfriedens im 21. Jahrhundert.

Zu Nummer 3

Moderne, politikfeldübergreifende Energieaußenpolitik als Schlüssel zu Frieden, Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6796 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8881 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Nummer 3

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8181 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/6796 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/8881 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 16/8181 abzulehnen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Georg Nüßlein
Stellvertretender Vorsitzender

Rolf Hempelmann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/6796** in seiner 145. Sitzung am 21. Februar 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8881** in seiner 157. Sitzung am 24. April 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Nummer 3

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8181** in seiner 145. Sitzung am 21. Februar 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Nach Auffassung der Antragsteller liegt noch kein konsistentes energiepolitisches Grundsatzprogramm vor, das auch den Fragen der Versorgungssicherheit Rechnung trägt. Die deutschen und europäischen Volkswirtschaften würden in den kommenden Jahrzehnten von fossilen Rohstoffimporten abhängig bleiben. Asymmetrische Handelsbeziehungen zwischen privaten Unternehmen auf liberalisierten europäischen Märkten einerseits und staatlich kontrollierten Konzernen andererseits verschärfen die Situation der Importabhängigkeit. Es bedürfe einer politikfeldübergreifenden Strategie, um die Sicherheit dieser Importe zu gewährleisten. Energieaußenpolitik müsse in enger Abstimmung zwischen Energie-, Umwelt-, Außen- und Entwicklungspolitik formuliert werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/6796 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- ein konsistentes Energieprogramm mit dem Ziel vorzulegen, die nationale Abhängigkeit vom Import energie-

tischer Rohstoffe nach Risikogesichtspunkten zu reduzieren,

- die Versorgung Deutschlands durch einen breiten Energiemix ohne Diskriminierung bestimmter Technologien für die Zukunft sicherzustellen und daher den Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie zu revidieren,
- die Ziele der Energieaußenpolitik stärker in der deutschen Außenwirtschaftspolitik zu berücksichtigen,
- auf nationaler wie europäischer Ebene Rahmenbedingungen herzustellen, die einen Ausbau der grenzüberschreitenden Netzkapazitäten für Strom und Erdgas in großem Umfang ermöglichen,
- ein Konzept zur Sicherung kritischer Energieinfrastrukturen vorzulegen,
- die Durchsetzung eines freien Wettbewerbsbinnenmarktes für Energie auf europäischer Ebene voranzutreiben.

Zu Nummer 2

Nach Auffassung der Antragsteller bedroht die weltweite Militarisierung der Energieaußenpolitik die friedliche Entwicklung im 21. Jahrhundert. Auch Deutschland und die EU schlossen militärische Optionen zur Sicherung der Energieversorgung nicht aus. Die gegenwärtige EU-Energiepolitik fördere potentielle Energiekonflikte in Zentralasien und verhindere einen kooperativen Dialog mit Russland. Die zunehmende Knappheit endlicher Ressourcen und die Folgen des Klimawandels verschärfen weltweit Krisen und eröffnen neue Konfliktfelder. Energieaußenpolitik müsse auf eine globale Energiewende hinwirken. Ein Umstieg auf effiziente Energienutzung und regenerative Energien verringere die Importabhängigkeit, erhöhe die Energieversorgungssicherheit und stelle eine zentrale Investition in ein friedliches 21. Jahrhundert dar.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/8881 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- den Einsatz von Militär zur Sicherung der Energieversorgung auf nationaler und EU-Ebene sowie im Rahmen der NATO auszuschließen und sich international für eine auf Interessenausgleich zielende Lösung der Verteilungsproblematik in Energiefragen einzusetzen,
- sich auf bilateraler und europäischer Ebene für einen konstruktiven Umgang mit wichtigen Förderländern einzusetzen, der die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der Beteiligten berücksichtigt,
- die Energiecharta aufzugeben, um insbesondere mit Russland einen wirklichen Energiedialog aufzunehmen,
- mehr öffentliche Gelder in die Forschung und Förderung erneuerbarer Energien zu investieren,
- die Umsetzung des Treibhausgasminderungsziels von 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 voranzutreiben,
- die Ratifizierung der am 13. Dezember 2007 unterzeichneten Verträge von Lissabon, die eine Fortwirkung des EURATOM-Vertrages vorsehen, auszusetzen.

Zu Nummer 3

Nach Auffassung der Antragsteller muss Energiepolitik in alle Bereiche der Außenpolitik integriert werden. Die Abhängigkeit von Energieimporten mache Deutschland und die EU erpressbar und schränke die politische Handlungsfähigkeit ein. Langfristige Energiesicherheit gewährleiste nur die Abkehr von fossilen und nuklearen Energiequellen. Eine moderne, auf eine weltweite Energiewende abzielende Energieaußenpolitik sei der Schlüssel zu Frieden, Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit. Der Wandel hin zu erneuerbaren und effizienten Energien baue Abhängigkeiten ab, werde der globalen Energienachfrage gerecht und bekämpfe Armut und Ausgrenzung. Moderne Energieaußenpolitik müsse auf Energiepartnerschaften, Kooperationen sowie den Aufbau globaler ziviler Strukturen setzen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/8181 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- Energieaußenpolitik nicht auf Außenwirtschaftspolitik zu reduzieren,
- ein Konzept einer nachhaltigen Energieaußenpolitik „Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit“ vorzulegen, das Energie in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit sowie Klima- und Umweltpolitik integriert,
- Energieaußenpolitik so zu gestalten, dass sie zu einer globalen Energiewende hin zu CO₂-neutraler Wirtschaft beiträgt,
- darauf hinzuwirken, dass Energieaußenpolitik nicht in einen Wettlauf um Ressourcen führt, der das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Industrieländern, „neuen“ Akteuren und Entwicklungsländern verstärkt und den Boden bereitet für internationale Konflikte,
- Energieaußenpolitik dem Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele und dem Kampf gegen weltweite Armut und Ausgrenzung zu verpflichten,
- die Möglichkeiten der Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen, um eine globale Energiewende und den Transfer moderner Technologien für erneuerbare Energien in Entwicklungsländern zu fördern und die Exportfähigkeit von Unternehmen der Erneuerbare-Energie-Branche zu stärken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/6796 in seiner 64. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/6796 in seiner 80. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/6796 in seiner 68. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 16/6796 in seiner 60. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/6796 in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 16/6796 in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Zu Nummer 2

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8881 in seiner 64. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8881 in seiner 80. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/8881 in seiner 68. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/8881 in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 16/8881 in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Zu Nummer 3

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8181 in seiner 62. Sitzung am 23. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU,

SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8181 in seiner 78. Sitzung am 23. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/8181 in seiner 62. Sitzung am 23. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 16/8181 in seiner 58. Sitzung am 23. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/8181 in seiner 61. Sitzung am 23. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 16/8181 in seiner 59. Sitzung am 23. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Anträge in seiner 67. Sitzung am 18. Juni 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** erläuterten, zahlreiche Forderungen aus den Anträgen der Oppositionsfraktionen seien durch Regierungshandeln bereits erfüllt oder auf den Weg gebracht worden. Im Rahmen der Klimakonferenz auf Bali im Dezember 2007 sei – wie von der Fraktion der FDP gefordert – das Kyoto-Folgeabkommen als internationales Klimaschutzabkommen vorbereitet worden. Auf-

grund der Exportförderung der Bundesregierung hätten deutsche Unternehmen im Export erneuerbarer Energien Rekordquoten erzielt. Mit ihrem erfolgreichen Einsatz für die „Dritte Option“ engagiere sich die Bundesregierung aktiv für einen europäischen Binnenmarkt leitungsgebundener Energien. Die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderte Gründung einer Internationalen Agentur für erneuerbare Energien befinde sich derzeit in der Vorbereitungsphase.

Die **Fraktion der FDP** erläuterte, nationale Energiepolitik müsse europakonform und global gestaltet werden. Zentrale Aufgabe und Herausforderung von Politik sei die Sicherung der Energieversorgung. Die Bundesregierung müsse ein energiepolitisches Konzept vorlegen, das Energie-, Wirtschaft-, Umwelt-, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik integriere. Ein technologieselektives Vorgehen sei der falsche Weg.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, mit dem Verweis auf die Exporterfolge der deutschen Industrie werde der Frage der Förderung regenerativer Energien nicht Genüge getan. Eine nachhaltige energiepolitische Gesamtstrategie fehle. Der von der Fraktion der FDP geforderte Verzicht auf den Ausstieg aus der Atomenergie führe nicht zur Sicherung einer unabhängigen Energieversorgung. Im Antrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bleibe die Frage der Militarisierung der Energiepolitik unberücksichtigt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte einen Teil der Forderungen in den Anträgen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. Sie kritisierte jedoch die von der Fraktion der FDP geforderte Förderung der Atomenergie sowie die Ablehnung der Lissabon-Verträge im Antrag der Fraktion DIE LINKE. Ebenso befassten sich die beiden Anträge nicht mit der Frage der Energieeinsparung. Die Fraktion betonte die Bedeutung von Energiepolitik für die weltweite soziale Gerechtigkeit.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6796 zu empfehlen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8881 zu empfehlen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8181 zu empfehlen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Rolf Hempelmann
Berichterstatter

